



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Medienmitteilung

Stellenabbau bei der Credit Suisse

Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) fordert mehr Transparenz und Opfersymmetrie.

Nach dem bereits im Juli angekündigten Abbau von 500 Stellen in der Schweiz will die Credit Suisse in den nächsten zwei Jahren weltweit weitere 1500 Stellen streichen. Die CS will somit 7% ihrer Belegschaft abbauen. Die Anzahl der Betroffenen in der Schweiz von der heutigen Ankündigung ist noch nicht bekannt. Andere Banken haben ebenfalls Sanierungsprogramme eingeleitet, die mit Kündigungen verbunden sind. Da die Auswirkungen auf die Mitarbeiter ungenügend dargestellt werden, entwickelt sich ein Gefühl der Unsicherheit, das dem Finanzplatz Schweiz schadet. Der Schweizerische Bankpersonalverband fordert mehr Transparenz in der Information und eine gerechte Verteilung der Opfer über alle Stakeholder hinweg.

Der Stellenabbau bei der Credit Suisse und auch in anderen Banken wird mit der gesunkenen Profitabilität infolge der neuen Regulierungsmassnahmen, der Passivität der Kunden und den Kosten der Steuerabkommen erklärt. Die Konsequenzen von Managemententscheidungen, die unter anderem mit grossen Bussen gerichtlich bestraft worden sind, werden von den Angestellten bezahlt.

Die Credit Suisse macht weiterhin Gewinne. Ist ein Stellenabbau in diesem Ausmass nötig? Welche Ziele werden dabei verfolgt? Welche Lohnreduktion, werden die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat sich selbst auferlegen? Der SBPV erwartet Antworten auf diese Fragen, als Grundlage für den Sozialdialog, der im Rahmen der gesetzlichen Konsultationsverfahren stattfinden wird.

Der SBPV weist auf das Unbehagen der Bankangestellten hin, die Sparmassnahmen erdulden müssen, während gleichzeitig die Lohnunterschiede zu den höchsten der Branchen gehören. Nach den Entwicklungen in der Branche in den letzten vier Jahren sind solche Unterschiede nicht mehr tragbar. Der SBPV fordert die Generaldirektion auf, eine realistische Lohnpolitik zu definieren und vernünftige Gewinnerwartungen festzulegen.

Die Finanzkrise erfordert eine Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien bei der Suche nach konstruktiven Lösungen, damit sie nicht in einer sozialen Krise mündet. Der SBPV wird mit den verschiedenen Verantwortlichen in diesem Sinne den Dialog intensivieren.

Bern, 01. November 2011

Für weitere Auskünfte:

Denise Chervet, Zentralsekretärin SBPV
denise.chervet@aseb.ch
T +41 79 408 92 40